

GdG-KMSfB-Bundesfrauen:  
**KindergartenpädagogInnen brauchen Taten, statt Worte**

Enquete in Salzburg: **Zwei Jahre politisches Hick-Hack sind genug**

„Seit mehr als zwei Jahren lässt die Politik die KollegInnen der Salzburger Kindergärten schon im Regen stehen. Es reicht, jetzt müssen den tausendmal wiederholten schönen Worten endlich Taten folgen“, erklärte heute, Donnerstag, die Bundesfrauenreferentin der GdG-KMSfB (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Kunst, Medien, Sport, freie Berufe), Sabine Weissmann.

Bei einer Enquete der Landesgruppe Salzburg der GdG-KMSfB mit dem Titel „Es reicht uns- steigende Verantwortung rechtfertigt eine entsprechende Entlohnung“(unter Mitwirkung der Berufsgruppe der PädagogInnen in Kinderbetreuungseinrichtungen Salzburgs sowie der GPA-djp) wurden Mittwoch rund 720 Salzburger PädagogInnen begrüßt. Zum Auftakt informierten die ExpertInnen über den Stand der Verhandlungen für ein neues Gehaltsschema und Dienstrecht. „Reformen sind überfällig“, erklärte dazu heute Bundesfrauenreferentin Weissmann und gratulierte zu der gelungenen Veranstaltung. Weissmann: „Frauen haben eine hohe Schmerzgrenze, im Bereich der Kindergärten ist sie jetzt überschritten. Der Entwurf der Gewerkschaft muss von den politisch Verantwortlichen des Landes endlich ernsthaft verhandelt werden.“

Die Bundesfrauenabteilung der GdG-KMSfB unterstützt die Forderungen der Landesgruppe Salzburg in allen Details. „Als Gewerkschaft werden wir nicht länger hinnehmen, wie die Salzburger PädagogInnen mit politischen Scheingefechten abgespeist werden. Alle Parteien, Land auf, Land ab, sind sich einig, dass der Kindergarten die erste Bildungseinrichtung ist und PädagogInnen über höchst qualifizierte Ausbildung verfügen. Wenn es jedoch um die leistungsgerechte Bezahlung geht, verbunden mit den notwendigen Rahmenbedingungen, wird es still im politischen Lager“, kritisierte die Bundesfrauen-Vorsitzende Christa Hörmann.

Für die Bundesfrauenabteilung der GdG-KMSfB ist es ein seltsamer Zufall, dass sich Verhandlungen in typischen Frauenberufen oft jahrelang ohne akzeptables Ergebnis hinziehen. „Aber die zuständigen PolitikerInnen sollten weder die Frauen noch die Stärke der Gewerkschaft unterschätzen“, betonten die Vertreterinnen der Bundesfrauen. Wie der Salzburger Landesvorsitzende, Johann Auer, in seinen Ausführungen eingeräumt hat, bleibt DienstgebervorteilerInnen noch ein Zeitfenster bis Herbst dieses Jahres, um auf den vorliegenden Entwurf der Gewerkschaft einzugehen und ernsthafte Verhandlungen zu führen. Wird dies nicht wahrgenommen, sind gewerkschaftliche Maßnahmen nicht mehr auszuschließen, schlossen die Bundesfrauen.